

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

Postfach 8302
3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch
PC 30-7945-2

Bern, 21. Dezember 2007

Besuchen Sie unsere Website:
www.elterngegendrogen.ch

MEDIENMITTEILUNG

Referendum gegen die verfehlte Revision des Betäubungsmittelgesetzes

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen ist entsetzt, dass der Ständerat die Annahme des revidierten Betäubungsmittelgesetzes beschlossen hat. Das bedeutet, dass sich die Politikerinnen und Politiker nicht bewusst sind, welche massiven, negativen Folgen ihre Entscheidung haben wird:

- **Der Ameisenhandel, das heisst der Drogenhandel mit kleinen Drogenmengen und zum Eigengebrauch, darf nicht mehr verfolgt und bestraft werden.** Dieser Beschluss wird die Verfolgung des Drogenhandels durch die Polizei verunmöglichen und die Drogenmafia stärken.
- **Das Rauschgift Heroin, aber auch andere Drogen, dürfen vom Staat abgegeben und die Kosten müssen von den Krankenkassen übernommen werden.** Eine massive Erweiterung der niederschweligen Angebote wie Fixerräume, Abgabe-, Kontakt- und Anlaufstellen sowie Not- schlafstellen und Beschäftigungsprogramme werden die Folge sein. Wie die Erfahrungen aus den jahrelangen Heroinabgabeprogrammen zeigen, werden nur ganz vereinzelte Süchtige den Ausweg aus der Heroinabgabe finden, denn die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Klientinnen und Klienten und den Betreuenden und der fehlende Leidensdruck verhindert meist eine Neuorientierung in der Drogenfreiheit.
- **Im revidierten Betäubungsmittelgesetz werden dem Bund fast uneingeschränkte Möglichkeiten gegeben.** Er kann in den Bereichen Koordination der Angebotsplanung und Angebotssteuerung (für Überlebenshilfe, Prävention, Therapie), in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in der wissenschaftlichen Forschung nach seinen Vorstellungen aktiv werden. Er kann aber auch die ihm genehmen Organisationen und Institutionen unterstützen, andere eliminieren.
- **Der Bund wird mit Angebotssteuerungen, zum Beispiel im Bereich Überlebenshilfe, eingreifen können,** um widerspenstige Kantone zu zwingen, niederschwellige Angebote bereitzustellen, zum Beispiel eine flächendeckende Spritzenabgabe, Fixerräume und Heroinabgabestellen.

Diese drogenpolitischen Massnahmen werden die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme in der Schweiz massiv verschärfen. Deshalb wird die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen alles daran setzen, dass ein Referendum gegen die verfehlte Revision des Betäubungsmittelgesetzes zustande kommt.